

Berliner Tageblatt

Nr. 233

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Druck und Verlags von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Regierungsbildung in Frankreich.

Die Bilanz des Kabinetts Poincaré. Ein Brief an MacDonald. — Die Zurückhaltung, wie Poincaré sie aufweist.

Paris, 16. Mai. Als der Ministerpräsident Poincaré am Tage nach der Wahl erklärte, daß die Regierung am 1. Juni zurücktreten würde, ließ er sich durch den „Matin“ ansetzen, daß er in den letzten Wochen seiner Amtsdauer seine Verfügungen treffen werde, die seine Nachfolger genehmigen könnten. Aber die verfassungsmäßige Entlassung, die Herrn Poincaré nachgerufen wurde, scheint nicht von langer Dauer gewesen zu sein. Wenn das „Echo de Paris“ recht unterrichtet ist, hat Poincaré noch einmal versucht, auf die wichtigsten politischen Angelegenheiten der Zeit, auf die wichtigsten Reparationsfrage Einfluß zu gewinnen. „Echo de Paris“ schreibt: „Am 14. Mai hat Poincaré seinen wichtigsten Brief an Ramsay MacDonald abgeschickt. In diesem Brief, der vier Seiten lang ist, spricht er Ministerpräsidenten sein Bedauern aus, daß er am 1. Mai nicht nach Chequers kommen kann. Danach spricht er in großen Zügen von dem Zusammenstoß, den es über die Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Entwurfs von MacDonald zu treffen hoffte, und daß er im Falle bereits als vollendet ansehe. Das wichtige Zusatzstück ist eine Aufzählung der Vereinbarungen der letzten Monate, die in den letzten Verhandlungen der Alliierten erreicht worden sind. Er stellt die Situation der Reparationsfrage dar, wie sie sich bei der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung zeigt.“ Soweit die Informationen des „Echo de Paris“, die sich in anderen Blättern nicht finden. Wenn der Inhalt des Entwurfs richtig wiedergegeben ist, handelt es sich in diesem Falle um eine bloße Gießblechform, sondern um einen Regierungsentwurf, welcher durch die Aufstellung einer politischen Linie, die den kommenden Ausgangspunkt der Politik anweisen will. Die offizielle Bilanz der Poincaré-Regierung ist, daß die Reparationsfrage ein Problem ist, das nicht als selbstverständlich betrachtet zu werden, obgleich allerdings gewisse Möglichkeiten bestanden, die von Kammer und Senat beibehalten werden könnten. Die finanzielle Situation ist nicht so hoffnungsvoll, wie es scheint, um diese Erregungen nicht. Er läßt für den 22. Mai die öffentliche Bekanntgabe an.

Regierung der Jüdischmanufaktur in Paris anzeigen, obwohl er ganz sicher ist, daß die neue Kammer für den Fortbestand des Staatsmonopols ist. „Deure“ schreibt: „Die Regierung hätte klüger oder wenigstens eleganter gehandelt, wenn sie sich bei der Aufhebung der laufenden Geschäfte nicht um eine Maßnahme bemüht hätte, die, wie allgemein bekannt ist, die Mehrheit des Volkes nicht billigt und die von der jetzigen parlamentarischen Mehrheit bestimmt wieder abgeschafft wird.“

Um die Teilnahme der Sozialisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. Mai. Der Deputierte Paul Boncourt hat über die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ein Mitteilungsblatt des „Matin“ folgendes gesagt: „Ich weiß nicht, was unsere Partei beschließen wird, aber ich weiß, was ich selbst denke und was auch die Überzeugung anderer Sozialisten und insbesondere der Wunsch mehrerer Organisationen in den Provinzen ist. Das Land hat gezeigt, daß es Vertrauen zu uns hat und diese Aufgabe legt uns die Pflicht auf, unseren Teil an der Verantwortung zu übernehmen. Die Radikalen und die Sozialdemokraten sind zusammen gewählt und haben zusammengekommen. Wenn wir jetzt erklären, daß wir nicht zusammenarbeiten können, dann entspricht ein solcher Entschluß weder dem Willen des Volkes, noch dem Sinn der Abstimmung. Ich bin der erste gewesen, der den Vorschlag der Eintritte vorzuschlagen und empfohlen hat. Ich kann sogar das Datum angeben: am 12. November 1919. Vier Jahre hindurch habe ich diese Idee verfolgt und mich für sie eingesetzt. Ich habe mich bemüht, die Sozialisten zu überzeugen, daß sie sich für die Teilnahme an der Regierung vorbereiten sollten. Ich habe versucht, die Sozialisten zu überzeugen, daß sie sich für die Teilnahme an der Regierung vorbereiten sollten. Ich habe versucht, die Sozialisten zu überzeugen, daß sie sich für die Teilnahme an der Regierung vorbereiten sollten.“

Das deutsch-nationale Verstedpiel.

Am Vorabend der Entscheidung. — Die Frage der „Mitverantwortung“. — Deutsch-nationale Strömungen und Gegenströmungen. — Ein „anderes“ Ziel? — Der springende Punkt.

Paul Steinborn.

Wenig mehr als eine Woche trennt uns von dem Tage, an dem der neue Reichstag seine Arbeiten aufnehmen soll. Ob es aber bis dahin gelingen wird, die Lösung des Problems der Regierungsbildung soweit zu fördern, daß das weitere glatt und rasch verläuft, steht infolge der ganz ungewöhnlichen Haltung der Deutsch-nationalen nach wie vor dahin. Die Aufgabe ist ja allerdings auch sonst nicht leicht. Die Parteien sollen nach Möglichkeit das wieder gut zu machen suchen, was die Wähler schlecht gemacht haben. Die am 4. Mai unter die Räder gefommene Erkenntnis, daß ohne eine sichere parlamentarische Mehrheit überhaupt keine Politik, weder so noch so, zu treiben ist zu ihrem Recht kommen. Aber da Gefahr im Verzuge ist — Kreditnot und Misstrauen werden ja wohl im stillen Kämmerlein auch bei den Fanatikern der Ablehnung der Sachverständigen-Gutachten gemühselig werden — so wird nirgendwo aufhören zu bestehen. Das diesmal kein lautes Parlamentieren gelassen können, sondern daß eine rasche Regelung betrieben werden muß.

Die bisherige Erörterung ist in dieser Hinsicht nicht ohne Nutzen gewesen. Ihr Ergebnis besteht darin, daß die Deutsch-nationalen zum Angriff ganz unabweislich in die Verteidigung gedrängt worden sind. Dabei hat der Abgeordnete Hertig mit seinem „Regierungsprogramm“ in dankenswerter, wenn auch unfruchtbarer Weise selber mitgeholfen. Von Seiten, die den Dingen näher liegen, wird behauptet, er habe geglaubt, wenn er als ein neuer Julius Cäsar mit dem Rufe „Der Wurf ist gefallen“ den Rubikon überschreite, dann werde er damit die Opposition in den eigenen Reihen gleich zu Anfang in die Schranken verweisen können. Er hat sie tatsächlich erst auf den Plan gerufen. Man mußte von dem Leben der Parteien absehen. Es ist hier bereits darauf hingewiesen worden, daß die neue deutsch-nationale Reichstagsfraktion Mitglieder hat, die nach ihrer ganzen Vergangenheit dem Eintritt der Partei in die Regierung geradezu als einen Verrat betrachten müssen. Das wird jetzt bestätigt. Der heute früh von uns veröffentlichte Beschluß der Parteileitung mit der Forderung des Austritts des Kabinetts Marx ist daher nur ein etwas gewaltsam anmutender Versuch, nach außen hin mit einer „harthen“ Stelle den inneren Zwiespalt zu verdecken und nach innen den aufbegehrenden Opponenten einen Beruhigungsdroben hinzuworfen.

Und doch wäre es falsch, wenn man den Charakter dieses Kampfes verkennen wollte. Nach dem, was man sieht — und was man auch ohne dies nicht bezweifeln kann — sind sich beide Richtungen nach wie vor völlig einig darin, den Anspruch auf die künftige Beteiligung an der Regierung nicht nur nicht aufzugeben, sondern im Gegenteil mit allen Mitteln durchzusetzen. Der Streit geht einzig um die Art und den Grad der Beteiligung. Wir kommen im weiteren darauf noch zu sprechen. Die scharfe Gegenüberstellung der Argumente und Auffassungen ist außerordentlich interessant. Zunächst erst noch etwas anderes:

Um von der Meinungsverschiedenheiten im deutsch-nationalen Lager abzulassen, hat die deutsch-nationale Presse viel Rärm aus Anlaß der Nachricht gemacht, daß sich die Mittelpartei angeblich zu einem „Bund der Mitte“ vereinigen wollten. Es ist von uns bereits gesagt worden, daß dergleichen unter keinen Umständen als tatsächliches Mandat gedacht werden dürfte, daß die Deutsch-nationalen zu diskutieren. Aber die Deutsch-nationalen sind nach wie vor in einem großen Irrtum befangen, wenn sie glauben, es bestünde irgendwo am maßgebender Stelle der sündere Plan, sie von der Verantwortung auszuscheiden.

Für die Geranziehung der Deutsch-nationalen zur Regierung spricht nämlich, von allem andern ganz abgesehen, eine ganz bestimmte Erwägung. Es ist, soviel wir sehen, nach nirgendwo darauf hingewiesen worden, daß sich in der Wahl zum neuen Reichstag neben anderem auch ganz unabweislich der rechten bereits eine rückläufige Bewegung eingetreten ist. Das wird ohne weiteres ein Hindernis der Stabilisation war und auf seiner höchsten Höhe stand, als die Unzufriedenheit über das Valutaedel den Gipfel erreicht hatte. Das war zu Beginn des Oktobers vergangenen Jahres. Das war in den Tagen, da man von rechts her die Spitze mit dem Rufe nach dem Sturz vertrieb. Als man den Parlamentarismus in Grund und Boden schimpfte und nach dem Ruin schrie. Wenn damals geschämt worden wäre, dann wäre heute vielleicht das Verhältnis zwischen Deutsch-nationalen und Döflingen tatsächlich umgekehrt. Inzwischen aber kam die Rentenmarkt, und auf den Wogen der von ihm geschaffenen Verwirrung und nicht zuletzt auch wegen des misglückten Münchener Aufstieges konnten die Deutsch-nationalen eine Reihe von Mandaten abfangen, die vor den völkischen Ketten wieder zurückzuwinnen. Nun ist es aber überhaupt eine bestimmte Erfahrung, daß nur in Zeiten politischer Unruhe die Wähler zu den Extremen abschwächen, während in Zeiten ruhiger Entwicklung, in denen auf Grund der vom Staat geführten Ordnung die Griffling und des Fortkommens der einzelnen gewährleistet ist, diejenigen Parteien der Mitte die meisten Stimmen bekommen, die die Erhaltung dieses erfreulichen Zustandes erstreben und

Gesandtenwechsel in Stockholm.

Nachtrag Gesandter in Konstantinopel, Reichsminister a. D. v. Rosenfeld in Stockholm. Berlin, 16. Mai. (W. Z. N.)

Der bisherige Gesandte in Stockholm, Radoski, ist in gleicher Weise, unter Vertretung des persönlichen Charakters als Sozialist, nach Konstantinopel versetzt worden. Der Reichsminister des Auswärtigen a. D. v. Rosenfeld ist zum Gesandten in Stockholm ernannt worden.

Der neue Gesandte in Konstantinopel, Rudolf Radoski, ist am 17. Juli 1878 geboren. Nach bestandener juristischer Staatsprüfung über er am 6. April 1902 in das Auswärtige Amt einberufen und am 22. Juni 1908 der Reichsminister in Petersburg zugewiesen. Am 23. Dezember 1907 wurde er im Auswärtigen Amt zum Legationsrat, und am 25. März 1914 zum stellvertretenden Legationsrat ernannt. Am 25. März 1914 wurde er zum Legationsrat ernannt. Am 25. März 1914 wurde er zum Legationsrat ernannt. Am 25. März 1914 wurde er zum Legationsrat ernannt.

ernannt wurde. Am 8. Dezember 1917 wurde ihm Titel und Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers verliehen. Nach längerer Tätigkeit in der Gesandtschaft Wien wurde er am 19. Januar 1920 zum Gesandtschaftsrat in Wien und am 30. März 1920 zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Wien ernannt. In gleicher Eigenschaft leitete er vom 22. Dezember 1921 die Gesandtschaft in Kopenhagen, bis er am 22. November 1922 zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt wurde. Am 13. August 1923 ist er mit dem Kabinettsamt von seinem Posten zurückgetreten.

Keine internationale Konferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 15. Mai. Die Meldung der französischen Blätter, daß MacDonald der künftigen französischen Regierung die Abhaltung einer Reparationskonferenz im nächsten September in Genf vorgeschlagen hätte, wird hier in Abrede gestellt. Die englische Regierung hat ihre Politik nicht geändert. Sie besteht nach wie vor darauf, den Dawes-Bericht zur Grundlage der europäischen Regelung zu machen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß man sich die amerikanische Mitwirkung bei dem Wiederaufbau Europas sehr wünschen würde, falls man den Völkern mit der Regelung der Reparationsfrage betrauen würde.

Parteilührerkonferenz im Reichstag.

Beipredung mit Dr. Marx, Dr. Stresemann und Brauns.

Am Reichstag traten heute vormittag die Führer der Parteien der Mitte, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zu einer vertraulichen Beipredung über die schwebenden politischen Fragen zusammen. In der Beipredung nahmen auch der Reichstagsler Dr. Marx und die Minister Dr. Stresemann und Brauns teil.

Der neuernannte Gesandte in Stockholm, Franz v. Rosenfeld, ist am 26. Dezember 1874 geboren. Nach bestandener großer Staatsprüfung wurde er am 17. April 1905 in das Auswärtige Amt einberufen und am 21. Februar 1908 nach Brest-Litovsk entsandt. Am 10. Oktober 1907 wurde er als ständiger Hilfsarbeiter ins auswärtige Amt einberufen, wo er 1912 zum wirklichen Legationsrat und 1916 zum Geheimen Legationsrat ernannt wurde.